

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

Die Regierung Aquino, der im Hinblick auf Territorialstreitigkeiten mit der VR China sehr an einem positiven Image auf regionaler und internationaler Ebene gelegen ist, beruft sich hierbei gar auf eine gewisse Tradition wohlwollender Flüchtlingspolitik: Bereits in den 1970ern nahmen die Philippinen mehrere Tausend sogenannte „Boat People“ aus Vietnam auf. Als in den 1990ern über den Verbleib ebenjener Flüchtlinge kontrovers diskutiert wurde, setzte sich die Katholische Bischofskonferenz erfolgreich für ein Bleiberecht der vietnamesischen Flüchtlinge ein. Auch wurde im Zusammenhang mit der jüngsten Aufnahme burmesischer Flüchtlinge erneut Bezug genommen auf die Tatsache, dass 1500 jüdische Flüchtlinge während des Zweiten Weltkriegs auf den Philippinen Zuflucht fanden²⁴.

In den Sozialen Medien wurde die Aufnahme von Flüchtlingen aus Burma und Bangladesch durchweg positiv aufgenommen. Ein tiefgehender Diskurs über Implikationen, Zuständigkeiten, Folgen oder gar Fragen der möglichen gesellschaftlichen Integration wurde allerdings nicht angestoßen. Auch werden keine Vergleiche zu Deutschland, Europa oder dem Mittelmeerraum gezogen. Pegida, beispielsweise, und die damit verbundene Diskussion in Deutschland wurden in den Philippinen lediglich durch die internationale Presse wahrgenommen.

Ein gravierendes Problem für die Philippinen, welches allerdings medial relativ geringe Aufmerksamkeit genießt, sind Binnenflüchtlinge und Vertriebene in Mindanao. Im mehrheitlich muslimischen Süden des Landes fanden über Jahrzehnte zwischen muslimischen Separatisten und Regierungstruppen blutige Kämpfe statt. Diese Kämpfe haben zu einer sechsstelligen Zahl von Binnenflüchtlingen geführt. Die Problemlage ist komplex: Die derzeit (noch) existierende Autonomous Region in Muslim Mindanao (ARMM) soll infolge des fortschreitenden Friedensprozesses durch die Bangsamoro Autonomous Region abgelöst werden. Die ARMM gilt weithin als „gescheitertes Experiment“. Als solches beweist sie sich auch in der Bewältigung der Binnenflüchtlingsproblematik. Die Zentralregierung in Manila überweist staatliche Mittel für Programme in Muslim Mindanao oftmals erst mit zweijähriger Verspätung, die Kapazitäten für effizientes Handeln sind demnach äußerst beschränkt. Trotz des Friedensvertrags zwischen der philippinischen Regierung und der größten muslimischen Gruppe, der Moro Islamic Liberation Front, kommt es im Süden der Insel immer noch zu Gefechten zwischen Splittergruppen und Polizei oder Armee. Auch 2015 wurden hierdurch erneut zehntausende Menschen aus ihrer Heimat vertrieben²⁵.

Auch in Zukunft werden die Dimensionen Auswanderung, Einwanderung und interne Vertriebene die Philippinen beschäftigen. Hier verbergen sich Konfliktpotenziale, die für die sozioökonomische und gesellschaftliche Entwicklung des Landes entscheidend sind. Der Bedarf an langfristigen und nachhaltigen Strategien, um den vielen Facetten der Migration zu begegnen, ist derzeit allerdings noch kein Schwerpunktthema des öffentlichen Diskurses.

Singapur

Dr. Wilhelm Hofmeister (09.10.2015)

Migration – ein Thema des öffentlichen Diskurses in Singapur

„Migration“ ist in Singapur ein wichtiges Thema. Das gilt zunächst für Singapur selbst, dessen Bevölkerung von insgesamt 5,5 Millionen Menschen aus fast 40 Prozent Migranten besteht. Singapur hat somit einen der höchsten Anteile von Migranten weltweit. Vor allem während der letzten 15 bis 20 Jahren ist die Bevölkerung des Landes aufgrund von Immigration rasch gestiegen und hat sich nahezu verdoppelt. Dieser rasche Bevölkerungsanstieg durch Migration, d.h. Immigration, hat zwar einerseits zu dem wirtschaftlichen Wachstum

²⁴ Ausführlich hierzu: <http://www.rappler.com/newsbreak/iq/96929-timeline-philippine-law-policies-refugees> [21.08.2015].

²⁵ Vgl. www.philstar.com/headlines/2015/03/05/1430370/update-over-75000-people-displaced-ongoing-firefights-mindanao [21.08.2015]

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

und den bemerkenswerten Modernisierungsleistungen beigetragen, gleichzeitig aber auch eine Reihe von neuen Herausforderungen und Problemen verursacht, die in der Bevölkerung artikuliert und von der Regierung wahrgenommen werden. Das betrifft vor allem den Wohnungsmarkt und den öffentlichen Transport. Der kontinuierliche Anstieg von Zuwanderern führte zu einem ebenso kontinuierlichen Anstieg des Wohnungsbedarfs und daher zu einem erheblichen Anstieg der Wohnungspreise. Die Regierung konnte diese Entwicklung mit dem öffentlichen Wohnungsbauprogramm nur bedingt steuern und so den Preisanstieg nicht bremsen. Das im Grunde recht gut ausgebaute und effiziente öffentliche Transportsystem war dennoch durch die zunehmende Zahl von Migranten insofern belastet, als Busse und Züge voller wurden und die Singapurern an gewohnter Bequemlichkeit verloren, was zu viel Unmut führte. Vor den Wahlen des Jahres 2011 haben die Oppositionsparteien die aus ihrer Sicht fehlgeleitete Migration zum Thema ihrer Kritik an der Regierung gemacht und damals einen deutlichen Stimmenzuwachs (auf 40%) erhalten. Seit jenen Wahlen hat die Regierung die Zuwanderung von Migranten nachhaltig gebremst und durch zusätzliche Anstrengungen beim Bau von Wohnungen und der Erweiterung des öffentlichen Nahverkehrs (u.a. durch den Bau neuer U-Bahnlinien, die aber erst in wenigen Jahren abgeschlossen sind) die Ursachen der Kritik auszuräumen versucht. Das Ergebnis der Parlamentswahlen am 11. September 2015 hat gezeigt, dass die Bevölkerung diese Anstrengungen anerkennt. Zwar hatten die Oppositionsparteien erneut versucht das Thema Migration zu einem der wichtigsten Wahlkampfthemen und Kritikpunkte an der Regierung zu machen, weil es weiterhin eine kritische Haltung in der Bevölkerung gegenüber steigenden Migrantenzahlen gibt. Doch andere Themen wurden wichtiger und am Ende konnte die Regierung sogar einen deutlichen Stimmenzuwachs erzielen. Ihre restriktivere Migrationspolitik hat dabei auch eine Rolle gespielt.

So sehr sich Singapur in den vergangenen beiden Jahrzehnten gegenüber Migration geöffnet hat, war die Migration stets sehr stark kontrolliert und gesteuert. Niemand kann ohne Zustimmung der Behörden nach Singapur einwandern und sich hier niederlassen. Flüchtlinge nimmt das Land in der Regel nicht auf. Lediglich nach dem Ende des Vietnam-Krieges waren einige Bootsflüchtlinge aufgenommen worden. Ansonsten gehen die internationalen Flüchtlingsströme an Singapur vorbei bzw. werden vorbei geleitet. Direkte Transferleistungen an Migranten gibt es in Singapur nicht.

Die Migranten in Singapur setzen sich aus unterschiedlichen Gruppen zusammen:

- Ungelernte „Fremdarbeiter“, die in vielen Wirtschaftsbereichen tätig sind und alle nur eine befristete und eingeschränkte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis haben (insgesamt ca. 980.000 Personen). Zu dieser Gruppe gehören u.a. Bauarbeiter aus Indien, Bangladesch und Sri Lanka sowie Dienstmädchen für die Privathaushalte u.a. aus den Philippinen, Indonesien, Myanmar, und Kambodscha (insgesamt mehr als 200.000). Diese Gastarbeiter werden über spezielle Agenturen angeworben und besitzen nur eine eingeschränkte Bewegungsfreiheit im Land. Ihre Familien dürfen sie nicht mitbringen und auch in Singapur keine Partnerschaften formalisieren, aus denen eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung abgeleitet werden könnte. In wirtschaftlichen Krisenzeiten können solche Arbeitskräfte sehr schnell in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden, wie sich während der Wirtschaftskrise 2007/8 zeigte, als viele Baustellen vorübergehend zum Stillstand kamen und Bauarbeiter nach Hause geschickt wurden.
- Gastarbeiter mit einem Berufszertifikat, die ebenfalls eine befristete Arbeitserlaubnis erhalten, sich aber im Land freier bewegen und beispielsweise eine Wohnung mieten können, die auch selbständig den Arbeitgeber wechseln oder sogar ein eigenes Unternehmen beginnen können. Diese Gruppe umfasst ca. 164.000 Personen. Dieser Gruppe ist auch unter bestimmten Umständen ein Familiennachzug oder eine Eheschließung und Familiengründung in Singapur erlaubt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

- Ausländische Experten und Führungskräfte für Unternehmen aus Singapur und den zahlreichen internationalen Unternehmen im Land (insgesamt ca. 176.000 Personen). Durch Nachweis eines höheren Einkommens erhalten sie rasch einen erweiterten Aufenthaltsstatus. Ihre Familienmitglieder bekommen ebenfalls eine Aufenthalts- in der Regel aber keine Arbeitserlaubnis. Eheschließungen und Familiengründungen sind für diese kein Problem.

Wer sich eine gewisse Zeit im Land aufhält, kann den Status eines „permanent resident“ beantragen, der praktisch einen dauerhaften Aufenthalt erlaubt. Insgesamt gibt es ca. 530.000 Personen mit diesem Aufenthaltsstatus. In früheren Jahren wurde dieser Status großzügiger und rascher gewährt. Das ist seit den Wahlen von 2011 eingeschränkt. Personen mit höherem Einkommen oder Vermögen können relativ rasch einen Status als „permanent resident“ erhalten. Für die Fremdarbeiter ist das unmöglich.

Die Wahrnehmung der Vorgänge in Europa

Die Singapur Medien berichten sehr ausführlich über die aktuellen Vorgänge und Entwicklungen in Europa. Die Situation wird dabei in der Regel journalistisch sauber aufgearbeitet, wobei die Medien hauptsächlich auf die Meldungen internationaler Agenturen zurückgreifen. Daneben gibt es auch einige Korrespondentenberichte und –Kommentare sowie regelmäßig auch Kolumnen und Meinungsartikel europäischer Herkunft unterschiedlicher Provenienz. Beispielsweise erschien am 2. September in der wichtigsten Zeitung Singapurs „The Straits Times“ ein Meinungsartikel des französischen Philosophen Bernard-Henri Lévy, der eine angebliche Indifferenz der Europäer gegenüber dem Drama der Flüchtlinge kritisierte.

Über die Vorgänge in Deutschland im Hinblick auf das Flüchtlingsthema wird nicht sehr ausführlich berichtet. Weder gab es bisher Meldungen oder Artikel, die fremden- und Flüchtlings-feindliche Aktionen einiger Gruppierungen beschrieben oder kommentierten, noch wurden die vielen Zeichen der Aufnahmebereitschaft in Deutschland besonders kommentiert oder gewürdigt. Allerdings wird regelmäßig darüber informiert, dass sich die deutsche Bundeskanzlerin für eine gemeinsame europäische Politik einsetzt und es wurde auch berichtet, dass sie das Flüchtlingsthema als zentrales Thema für Europa und die Europäische Union bezeichnete.

Südkorea

Dr. Norbert Eschborn (26.08.2015)

Die Flüchtlingsproblematik in Europa wird in Südkorea nur im Rahmen unauffälliger Medienberichterstattung perzipiert. Zu Beginn des Jahres 2015 wurde etwas ausführlicher über die Pegida-Bewegung berichtet, dies wahrscheinlich aber auch nur deshalb, weil der neue Oberbürgermeister Dresdens, Dirk Hilbert, mit einer Südkoreanerin verheiratet ist und deshalb als Referenzperson gelegentlich zu Wort kam.

Allerdings spielt das Thema Migration im Süden der koreanischen Halbinsel durchaus eine politisch brisante Rolle. Der Begriff wird vornehmlich mit nordkoreanischen Flüchtlingen und Arbeitsmigranten aus anderen asiatischen Ländern assoziiert, wobei viele der letzteren sich illegal in Korea aufhalten. Die nordkoreanischen Flüchtlinge leiden unter schweren Integrationsproblemen, obwohl sie Koreaner sind (jedoch als politisch suspekt gelten); die asiatischen Arbeitsmigranten, weil sie keine Koreaner sind. Die soziale Situation beider Gruppen ist gleichermaßen unbefriedigend, es gibt nur wenige gelungene Integrationsbeispiele.

Für die ausländischen Migranten setzt sich ausgerechnet eine Parlamentarierin ein, die selbst keine gebürtige Koreanerin ist: die Abgeordnete der koreanischen Nationalversammlung Jasmine Lee ist ethnische Filipina und kam durch ihre Heirat mit einem Koreaner auf die Halbinsel. Ihr Lebensweg führte sie über Stationen als Schauspielerin und Mitarbeiterin zivilgesellschaftlicher Organisationen in den Fokus der konservativen Regierungspartei Saenuri, für die sie seit 2012 als eine der über Verhältniswahlrecht gewählten Abgeordneten